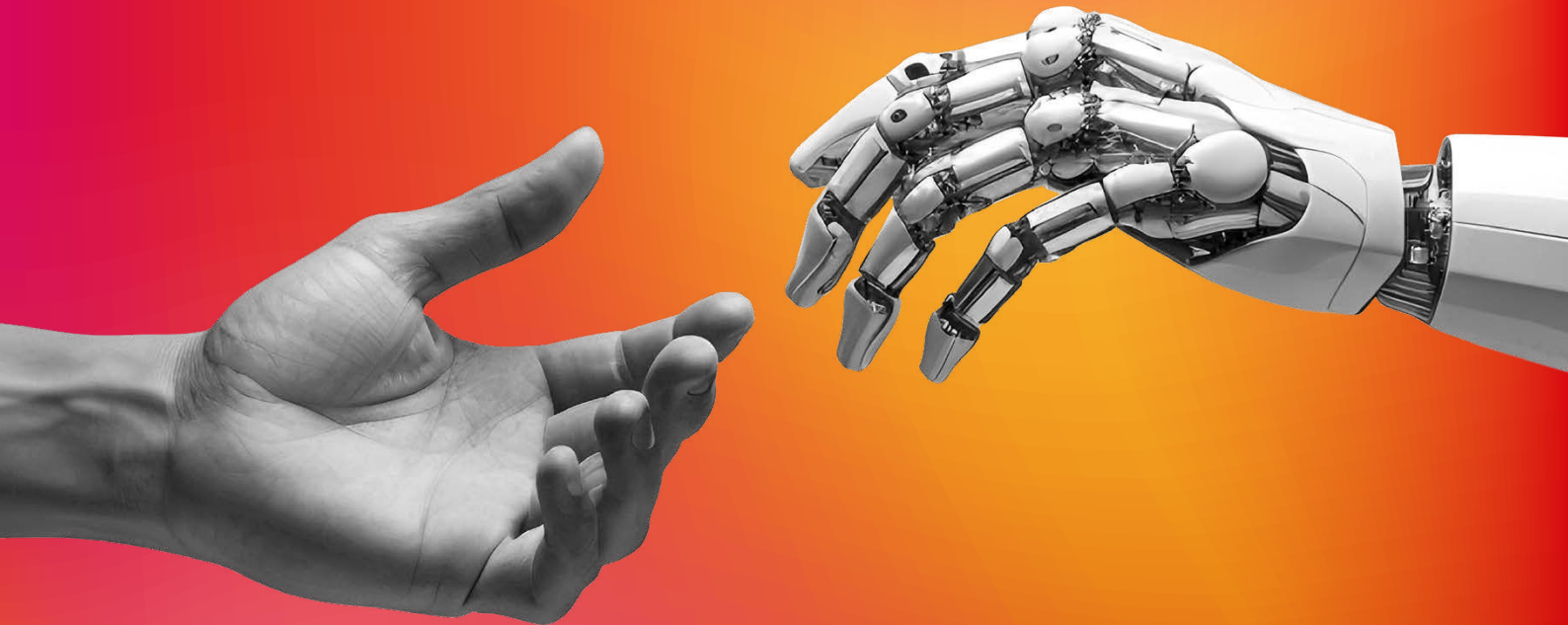
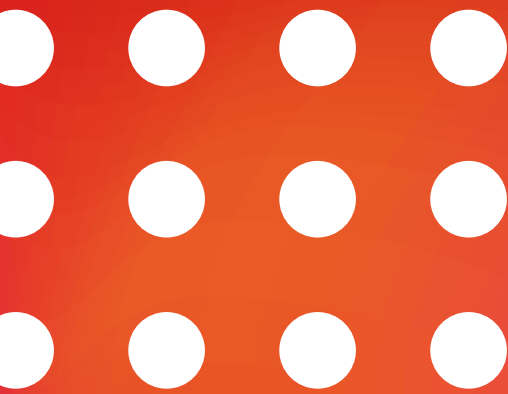


Verantwortung für die **Bildung von morgen**



Geschäftsbericht

Geschäftsjahr 2024/2025



VERANTWORTLICH

Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. (VDP)
Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft

Kronenstraße 3
10117 Berlin

t: 030 / 28 44 50 88 – 0

vdp@privatschulen.de
www.privatschulen.de

LAYOUT & SATZ

FRAU KUSS * Artgerechte Gestaltung
www.frau-kuss.com

INHALT

- 4 — Vorwort von VDP-Präsidentin Dagmar Mager

GESCHÄFTSBERICHT 2024/2025

- 6 — Privatschulwesen in Zahlen
8 — Bundestagswahl 2025
9 — Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“
9 — Bundestariftreuegesetz
10 — Einsatz von Honorarlehrkräften — Übergangsregelung beschlossen
11 — Bundeshaushalt und Auswirkungen auf geförderte Bildungsangebote
11 — Begrenzung der Unterrichtseinheiten in Sprachkursen
11 — Leistungsrechtsanpassungsgesetz
12 — Jahresgespräch mit der BA
12 — BA Verbändetreffen
13 — Publikation „Arbeitsplatz Europa“
13 — Änderungen in der Umsatzsteuerbefreiung von Bildungsangeboten
14 — Reform der Gesundheitsfachberufe
16 — Ganztagsanspruch ab 2026: Verlängerte Fristen, neue Initiativen und konstruktiver Austausch
17 — Digitalpakt 2.0 auf den Weg gebracht
17 — Startchancenprogramm gestartet
18 — Lehrkräftegewinnung
19 — Austausch mit KMK-Präsidentin Simone Oldenburg
20 — VDP Innovationsprojekte
22 — Künstliche Intelligenz und digitale Bildung
22 — AG Digitale Bildung
22 — Kooperation mit Microsoft: VDP-Seminarreihe zu Künstlicher Intelligenz
22 — Ed.One — Education Innovation Summit
23 — Bundeskongress 2024 in Berlin — „Neue Welten, Neue Wege: Bildungsvielfalt im Fokus“
24 — VDP wählt neuen Vorstand und Kassenprüfer
25 — VDP wählt Fachgruppenvorsitzende
25 — Freie Bildung im neuen Gewand: Unser Verbandsmagazin geht online
25 — Gemeinsame Veranstaltung der Fachgruppen Allgemeinbildende und Berufsbildende Schulen

ÜBERSICHTEN/ALLGEMEINES

- | | |
|--------------------------------------|-------------------------------------|
| 26 — Sponsoren/Fördermitglieder | 28 — Fachgruppen |
| 27 — Stellungnahmen/Positionspapiere | 29 — Ansprechpartner:innen Vorstand |
| 27 — Pressemitteilungen | 29 — Mitarbeitende des Verbandes |
| 28 — VDP Akademie | |

VORWORT

Liebe Mitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen,

das erste Jahr des neu gewählten Bundesvorstands im Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) liegt hinter uns – ein Jahr voller Herausforderungen, intensiver Gespräche und gemeinsamer Erfolge. Es hat gezeigt, wie wichtig eine starke Interessenvertretung für die freien Bildungseinrichtungen in Deutschland ist und wie kraftvoll wir als Verband auftreten können, wenn wir mit vereinter Stimme sprechen.

Ein prägendes Ereignis stellte – gleich zu Beginn des Jahres – die Bundestagswahl 2025 mit den anschließenden Koalitionsverhandlungen dar. Der VDP hat diesen Prozess eng begleitet, zahlreiche Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern geführt und die Anliegen der freien Schulen und Bildungsträger deutlich platziert. Dass sich im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zentrale Forderungen des VDP wiederfinden, ist ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit. Eine der ersten Aktivitäten der neuen Bundesregierung war die Einrichtung eines Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität. Der VDP hat sich hier ebenfalls intensiv in die Diskussion eingebracht, mit dem Ziel, dass Investitionen in moderne Lernumgebungen und digitale Ausstattung allen Bildungsträgern – unabhängig von ihrer Trägerschaft – offenstehen.

Besonders herausfordernd war in diesem Jahr die vorläufige Haushaltsführung des Bundes bis Mitte dieses Jahres und die daran angepassten Mittel im „Gesamtprogramm Sprache“. Insbesondere im Bereich der Berufs-

sprachkurse ist es zu einem spürbaren Einbruch gekommen – mit erheblichen Folgen für die Teilnehmenden, die Bildungsträger und letztlich auch für die Integrationschancen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Gemeinsam mit unseren Partnern im Verbändebündnis haben wir uns daher intensiv dafür eingesetzt, die politische Aufmerksamkeit auf diese Situation und den dringenden Handlungsbedarf zu lenken. Auch mit Blick auf die kommenden Jahre bleibt deutlich: Nur eine verlässliche Finanzierung und langfristige Planungssicherheit schaffen die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integrationsarbeit.

Doch auch, wenn wir aktuell in diesem Bereich vielen Herausforderungen gegenüberstehen, konnten an verschiedenen Stellen nachhaltige Lösungen erzielt werden. Ein bedeutender Erfolg, zu dem der VDP maßgeblich beigetragen hat, war die erzielte Übergangslösung zur Statusfeststellung bei Honorarlehrkräften, die zunächst bis Ende 2026 gelten wird. Diese wurde noch von der alten Bundesregierung auf den Weg gebracht und in der letzten Plenarsitzung des Deutschen Bundestages verabschiedet. Damit konnte eine rechtlich tragfähige Grundlage für Honorarlehrkräfte im Bildungsbereich geschaffen werden. Der VDP war dabei im engen Schulterschluss mit den Bildungsverbänden entscheidend daran beteiligt, eine gemeinsame Zielsetzung zu formulieren und politisch umzusetzen – ein starkes Signal für die Wirksamkeit gemeinsamer Interessenvertretung im Bildungsbereich.

Ein zentrales Handlungsfeld bleibt weiterhin die Reform der Gesundheitsberufe. Neben der Reform der Therapieausbildungen (Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie) hat uns in diesem Jahr insbesondere das neue Pflegefachassistenzgesetz beschäftigt. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsschulen konnten wir hier wichtige Impulse in die politische Diskussion einbringen. Besondere Bedeutung kam schließlich dem Thema Lehrkräftegewinnung zu. Seit Juni 2025 ist der VDP Partner der Allianz für Lehrkräfte im Rahmen der „Zukunftsmission Bildung“. Damit sind wir Teil einer bundesweiten Initiative, die dem Lehrkräftemangel entgegenwirken und die digitalen Kompetenzen der Lehrenden stärken will. In der AG Lehrkräfte, die sich aktuell in Gründung befindet, wollen wir an innovativen Lösungen arbeiten und diese in den politischen Dialog einbringen. Darüber hinaus hat der Dachverband gemeinsam mit den VDP Mitgliedsverbänden die Arbeiten an einer Handreichung zur Schulaufsicht weiter vorangetrieben. Ein besonderer Erfolg war es, Prof. Dr. Brosius-Gersdorf als

Verfasserin zu gewinnen. Die Veröffentlichung der Handreichung ist für das Frühjahr 2026 geplant.

Diese Initiativen und Erfolge zeigen, wie eng politische Interessenvertretung und praktische Bildungsarbeit im VDP ineinandergreifen. Möglich ist dies nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Ehrenamt und Hauptamt sowie das enge Zusammenspiel von Landesverbänden und Bundesverband. Gemeinsam tragen wir Verantwortung für die Weiterentwicklung der freien Bildung – und gemeinsam schaffen wir es, Gehör zu finden und Veränderungen anzustoßen.

Allen, die sich in diesem Jahr mit Ideen, Zeit und Engagement eingebracht haben, gilt der herzliche Dank des gesamten Bundesvorstands. Der VDP ist stark durch seine Mitglieder – und mit diesem Rückhalt blicken wir zuversichtlich auf die kommenden Herausforderungen.

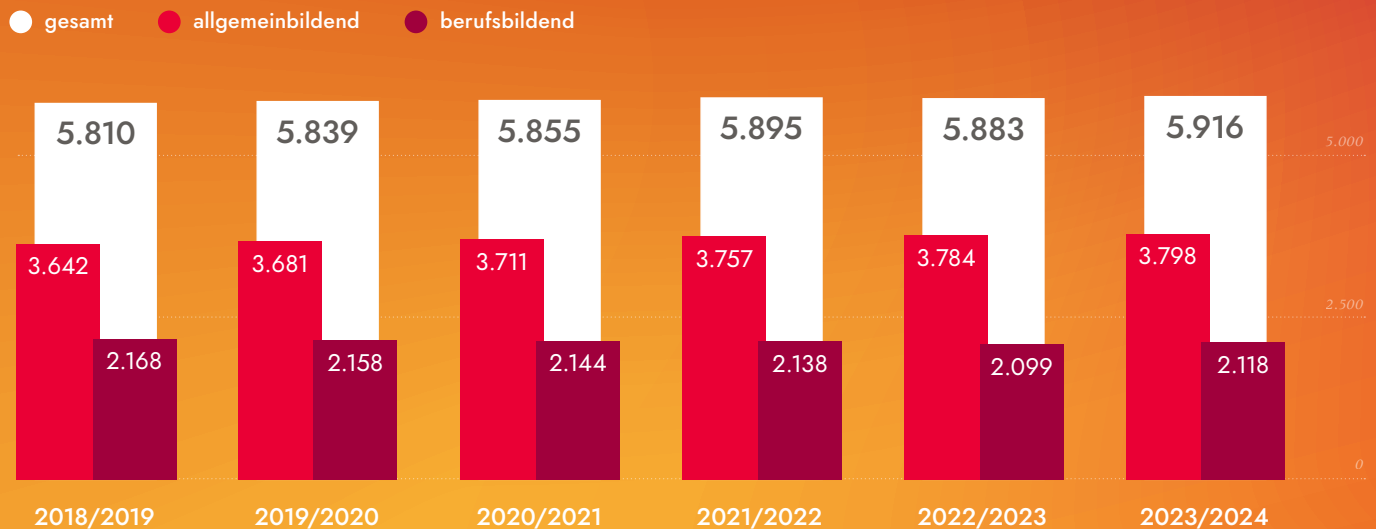
Ihre Dagmar Mager
VDP-Präsidentin



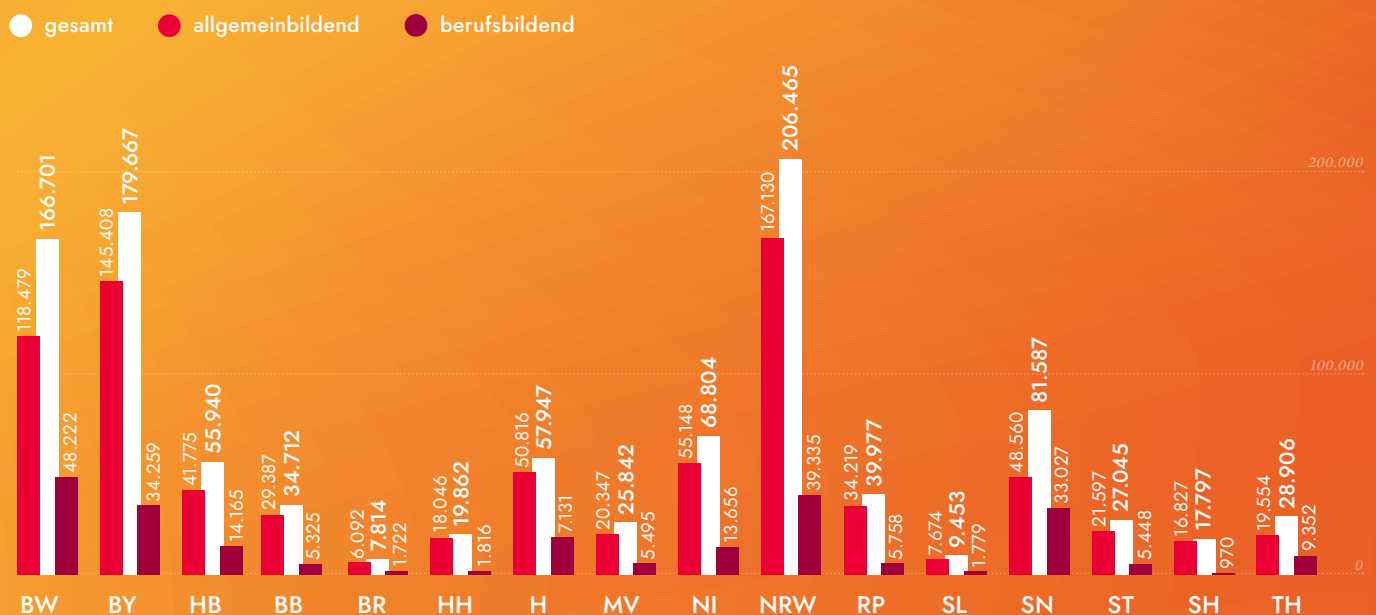
PRIVATSCHULWESEN IN ZAHLEN

Quelle: Statistisches Bundesamt
Schuljahr 2023/2024

Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft

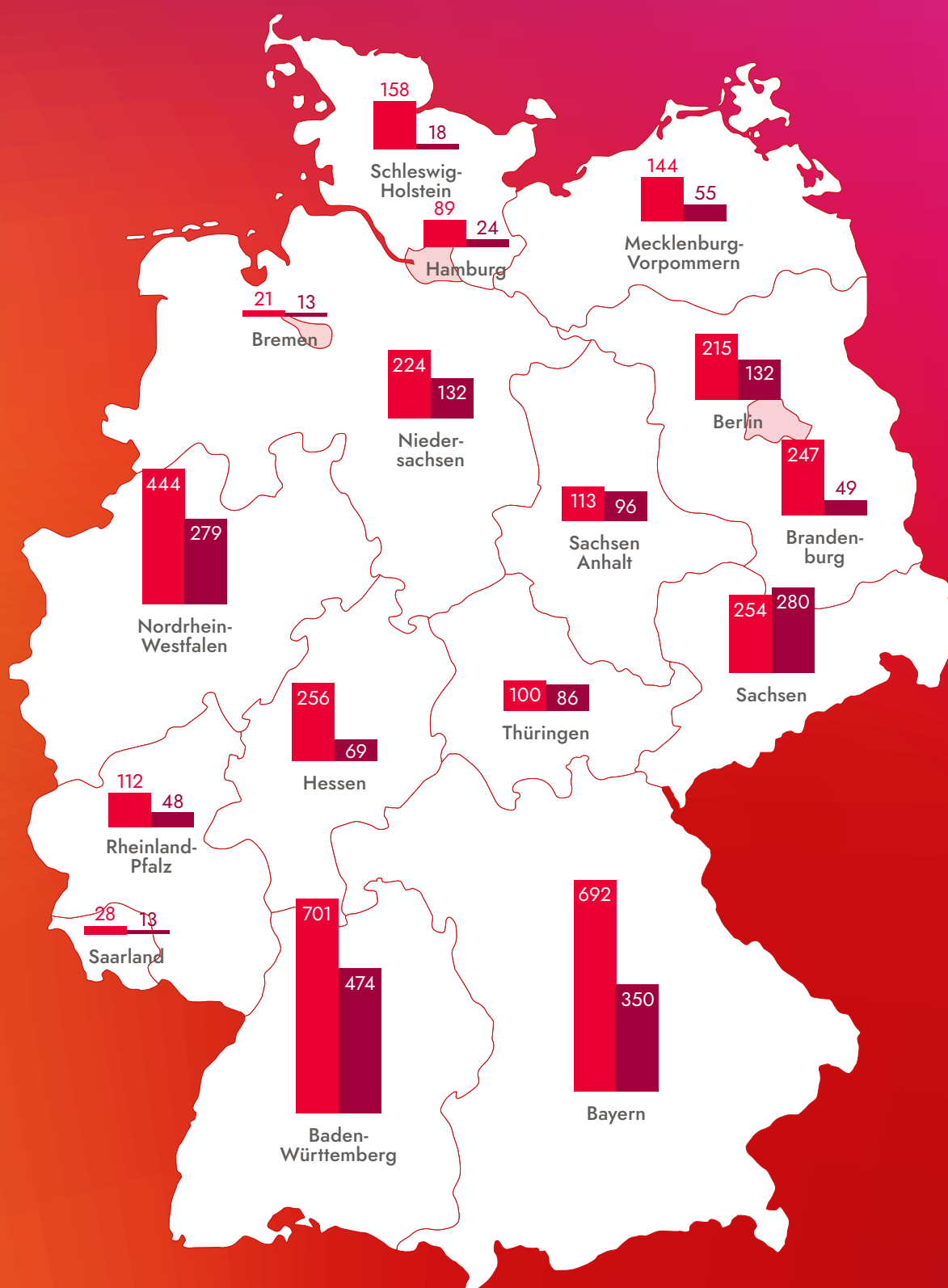


Anzahl der Schülerinnen und Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft nach Bundesländern



Anzahl der Schulen in freier Trägerschaft nach Bundesländern

● allgemeinbildend ● berufsbildend



Bundestagswahl 2025

Nach dem Stellen der Vertrauensfrage und dem Scheitern der Ampel-Koalition wurde am 23. Februar ein neuer Bundestag gewählt, der am 25. März zu seiner ersten konstituierenden Sitzung zusammenkam.

Der VDP hat seine bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Forderungen zielgerichtet in den Wahlkampf sowie in die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen eingebracht. Im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD finden sich einige zentrale Anliegen der freien Bildungseinrichtungen wieder. Besonders hervorzuheben sind die steigenden Bildungsinvestitionen, die Fortführung und Weiterentwicklung des Digitalpakts Schule, der geplante DigitalPakt Weiterbildung sowie der Ausbau der Berufssprachkurse. Auch die Fortführung der Integrationskurse, zusätzliche Mittel für Eingliederungsleistungen in den Jobcentern, der Vermittlungsvorrang für arbeitsfähige Menschen sowie die Ankündigung eines Tariftreuegesetzes greifen Forderungen des Verbandes auf.

Von großer Bedeutung ist zudem die angekündigte Entbürokratisierung im Bildungsbereich, die eine Vereinfachung von Prozessen ermöglichen soll. Dazu gehören auch ein schnelleres, transparenteres und rechtssicheres Statusfeststellungsverfahren sowie die Vereinfachung des Akkreditierungssystems zur Träger- und Maßnahmenzulassung. Mit Blick auf die institutionelle Förderung wird das Startchancen-Programm fortgeführt und soll bürokratiearm weiterentwickelt werden. Darüber hinaus ist eine Verlängerung des laufenden Investitionsprogramms um zwei Jahre geplant, verbunden mit zusätzlichen Investitionsmitteln für den Ganzttag. Im schulischen Bereich sieht der Koalitionsvertrag mit dem neuen DigitalPakt Schule erhebliche Investitionen in digitale Infrastruktur und Administration vor, einschließlich KI-gestützter Lernsysteme, digitaler Vertretungskonzepte und einer gestärkten Lehrkräftebildung. Auch die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ wird neu aufgelegt. Ergänzend sind ein Investitionsprogramm zur Schulsanierung sowie die Sanierung und Modernisierung von berufsbildenden Schulen vorgesehen.

Besonders erfreulich ist, dass die langjährige Forderung des VDP nach einer Reform der Gesundheitsfachberufe aufgegriffen wurde und dabei ausdrücklich eine ausschließliche Vollakademisierung abgelehnt wird. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs geleistet und die Position des Verbandes gestärkt.

Mit der Neugestaltung des Familien- und Bildungsministeriums wird zudem eine neue Schwerpunktsetzung deutlich: Bildung und Familienpolitik sollen künftig enger verzahnt werden, um ressortübergreifend wirksamere Lösungen für Kinder, Jugendliche und Familien zu entwickeln. Diese Bündelung eröffnet neue Chancen, bildungspolitische Vorhaben konsequenter umzusetzen und Synergien zwischen frühkindlicher Förderung, schulischer Bildung und beruflicher Weiterbildung besser zu nutzen.

Die Vielzahl ambitionierter Vorhaben und Reformideen wird der VDP in den kommenden Jahren konstruktiv, aber auch kritisch begleiten und sich mit seinen Gremien aktiv in die politische Umsetzung einbringen.



Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“

Das Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ ist im Frühjahr 2025 in Kraft getreten und soll in den kommenden Jahren die Modernisierung Deutschlands entscheidend voranbringen. Es bündelt erhebliche Investitionsmittel für zentrale Zukunftsaufgaben wie Energie, Verkehr, Bildung, Gesundheit und Forschung. Damit können notwendige Investitionen von den engen Spielräumen des regulären Haushalts entkoppelt werden und langfristige Projekte Planungssicherheit erhalten.

Für den Bildungsbereich stellt sich in diesem Zusammenhang eine besondere Herausforderung. Freie Schulträger übernehmen seit vielen Jahr-

zehnten einen unverzichtbaren Teil der Bildungsaufgaben in Deutschland und sind integraler Bestandteil der kommunalen Infrastruktur. Dennoch besteht die Gefahr, dass sie bei der Verteilung der Mittel aus dem Sondervermögen nicht angemessen berücksichtigt werden. Der VDP hat deshalb in seiner Stellungnahme und im persönlichen Austausch mit dem zuständigen Bundesfinanzministerium zum Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz deutlich gemacht, dass die Mittel trägerneutral eingesetzt werden müssen. Dafür ist es entscheidend, dass die Gleichbehandlung von freien und öffentlichen Trägern verbindlich in Verwaltungsvereinbarungen festgeschrieben wird. Die

Mittelvergabe muss sich am tatsächlichen Anteil freier Schulen an der Bildungslandschaft orientieren und darf bestehende Benachteiligungen nicht fortschreiben. Ebenso muss es freien Trägern ermöglicht werden, Eigenmittel in die Finanzierung einzubringen, ohne dass dadurch Nachteile entstehen.

Der VDP machte zudem deutlich, dass Förderwege einfach und transparent sein müssen, damit gerade kleinere und mittlere Träger Zugang zu den Mitteln haben. Gleichzeitig sollte es angemessene, aber nicht überzogene Berichtspflichten geben, die Transparenz schaffen, ohne die Träger durch Bürokratie zu überlasten.

Bundestariftreuegesetz

Das Bundestariftreuegesetz (BTtG) ist nach langer Vorbereitung und Diskussion im August 2025 von der Bundesregierung beschlossen worden. Das parlamentarische Verfahren läuft seit Oktober. Nach aktuellen Plänen soll künftig sichergestellt sein, dass öffentliche Aufträge und Konzessionen des Bundes ab einem Auftragswert von 50.000 Euro nur noch an Unternehmen vergeben werden, die tarifvertragliche Arbeitsbedingungen einhalten. Die Pflicht umfasst zentrale Standards wie Entgelt, Urlaub oder Arbeitszeitregelungen und gilt auch entlang der Subunternehmerkette.

Auch für die Träger der öffentlich geförderten Weiterbildung, etwa in Maßnahmen nach SGB II und III, wird das Gesetz erhebliche Auswirkungen haben. Es ist zu erwarten, dass bestehende Mindeststandards durch verbindliche tarifliche Arbeitsbedingungen ersetzt oder erweitert werden.

Damit steigen die Anforderungen an Personalverwaltung, Vertragsgestaltung und Angebotskalkulation. Bildungseinrichtungen müssen künftig prüfen, welche Tarifverträge in ihrem Bereich als Referenz herangezogen werden, und ihre Lohnkostenmodelle darauf abstimmen. Für kleinere Träger kann dies zusätzlichen bürokratischen Aufwand und höhere Kosten bedeuten.

Der VDP hat sich im Rahmen der Verbändebeteiligung und des Gesetzgebungsverfahrens für folgende Punkte stark gemacht: eine präzise Abgrenzung des Anwendungsbezugs, eine gesetzliche Ausnahme für Bildungsträger, die unter Schulaufsicht stehen und für vereinfachte Nachweispflichten, die Vermeidung von Doppelregulierung bei bereits allgemein verbindlichen Tarifverträgen sowie den Schutz der Tarifautonomie durch freiwillige statt erzwungene Tarifbindung.

Der VDP begrüßt das Ziel, faire Arbeitsbedingungen in öffentlich geförderten Bereichen zu sichern. Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, die tarifpolitische Handlungsfähigkeit unserer Mitgliedseinrichtungen auszubauen – insbesondere mit Blick auf die speziellen Rahmenbedingungen in der Weiterbildungsbranche. Unsere Mitgliedseinrichtungen leisten einen entscheidenden Beitrag zur beruflichen Qualifizierung, Integration und Grundbildung in Deutschland. Deshalb arbeitet der VDP derzeit an einer Lösung, um auch für seine Mitglieder an einer branchengerechten tariflichen Lösung mitzuwirken, die sowohl die soziale Verantwortung als auch die wirtschaftliche Realität unserer Träger berücksichtigen. In welcher Form eine Möglichkeit der Mitgestaltung umgesetzt werden kann, wird derzeit geprüft.

Einsatz von Honorarlehrkräften – Übergangsregelung beschlossen

Nach zahlreichen Sitzungen und intensiven Gesprächen mit allen Beteiligten haben Bundestag und Bundesrat die wichtige Übergangsregelung zur Versicherungspflicht von Lehrkräften insbesondere in der Erwachsenenbildung verabschiedet.

Die beschlossene Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) ist aufgrund des sogenannten Herrenberg-Urteils des Bundessozialgerichts vom 28. Juni 2022 notwendig geworden. Der VDP hatte sich intensiv für diese Lösung eingesetzt und maßgeblich dazu beigetragen, dass sie noch vor der vorgezogenen Neuwahl beschlossen wurde – ein bedeutender Erfolg unserer politischen Arbeit.

Die Übergangsregelung schafft für die kommenden zwei Jahre die dringend benötigte Rechtssicherheit und den Handlungsspielraum für Bildungseinrichtungen und Lehrkräfte.

Konkret bedeutet dies:

- > Versicherungspflicht tritt erst ab dem 1. Januar 2027 ein, sofern bei Vertragsschluss von einer Selbständigkeit ausgegangen wurde und die Lehrkraft zustimmt.
- > Keine Nachforderungen von Sozialbeiträgen für diesen Zeitraum, was finanzielle und organisatorische Planungssicherheit für alle Beteiligten bietet.
- > Zeit für strukturelle Anpassungen: Bildungseinrichtungen und Lehrkräfte können sich auf die veränderten Rahmenbedingungen vorbereiten, um eine langfristig tragfähige Lösung zu gewährleisten.

Der VDP steht gemeinsam mit den beteiligten Bildungsverbänden im Austausch mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), um die Regelungen für die Zeit nach der Übergangsfrist aktiv mitzugestalten. In enger Kooperation mit den Bildungs- und Weiterbildungsverbänden wurden wichtige Fortschritte erzielt, die die Grundlage für die Entwicklung einer langfristigen und vor allem rechtsklaren Lösung schaffen.



© ThisisEngineering – Unsplash

Bundeshaushalt und Auswirkungen auf geförderte Bildungsangebote

Das Berichtsjahr war stark geprägt von den Folgen der vorläufigen Haushaltsführung des Bundes. Viele Träger standen zu Jahresbeginn vor erheblichen Unsicherheiten, da Zahlungen im Bereich der geförderten Weiterbildung, Qualifizierung und Integration zunächst ausgesetzt oder verzögert wurden. Erst mit Beginn der Haushaltsberatungen für 2025 und 2026 zeichnete sich eine allmähliche Entspannung ab.

Für das Gesamtprogramm Sprache – insbesondere die Integrations- und Berufssprachkurse – konnten durch das entschlossene Engagement der Verbände zusätzliche Mittel gesichert und drohende Angebotslücken abgewendet werden. Im aktuellen Regierungsentwurf sind für 2026 wieder deutlich höhere Ansätze vorgesehen, die eine gewisse Planungssicherheit schaffen.

Auch in der geförderten Weiterbildung und Qualifizierung bleibt die Lage anspruchsvoll. Zwar sind die Mittel insgesamt stabil, doch die enge Bindung an Haushaltsvorgaben und Verwaltungstitel führt weiterhin zu Unsicherheiten in der Umsetzung. Der VDP hat sich daher mit Nachdruck dafür eingesetzt, die Belange der freien Träger in den politischen Beratungen sichtbar zu machen und auf eine verlässliche, planbare Finanzierung hinzuarbeiten.

Begrenzung der Unterrichtseinheiten in Sprachkursen

Mit der Überarbeitung der Nebenbestimmungen zu den Zulassungsbescheiden für Integrations- und Berufssprachkurse hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Anfang 2025 eine neue Regelung eingeführt, die die maximale Unterrichtsverpflichtung festangestellter Lehrkräfte auf 29 Unterrichtseinheiten pro Woche begrenzt. Ziel dieser Vorgabe ist es laut BAMF, die Unterrichtsqualität zu sichern und eine ausgewogene Arbeitsbelastung zu gewährleisten. Für viele Bildungsträger bringt die Umsetzung jedoch erheb-

liche organisatorische und wirtschaftliche Herausforderungen mit sich.

In zahlreichen Sitzungen und persönlichen Kontakten hat der VDP auf die praktischen Auswirkungen und insbesondere rechtlichen Unsicherheiten hingewiesen.

Der VDP kritisierte insbesondere die fehlende Kommunikation im Vorfeld der Änderung, den eingeschränkten Handlungsspielraum der Träger in einer ohnehin angespannten Finanzsituation

sowie die unklare Auslegung zentraler Begriffe und Richtwerte. Zudem wurde auf die arbeitsrechtlichen Risiken durch nachträgliche Eingriffe in bestehende Vertragsverhältnisse hingewiesen.

Zur Herstellung von Rechtssicherheit und Verhältnismäßigkeit fordert der VDP auch aktuell noch eine rechtsverbindliche Klarstellung der neuen Vorgaben, die Wahrung der Vertragsfreiheit der Träger sowie eine frühzeitige Einbindung der Verbände in zukünftige Abstimmungen.

Leistungsrechtsanpassungsgesetz

Mit dem Leistungsrechtsanpassungsgesetz plant die Bundesregierung, ukrainische Geflüchtete ab April 2025 aus dem Leistungsbereich des SGB II in das Asylbewerberleistungsgesetz zu überführen. Der VDP hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen,

dass dieser Rechtskreiswechsel integrationspolitisch problematisch ist und den Zugang zu Sprachkursen, Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsvermittlung gefährden könnte. Zudem führt die Maßnahme weder zu echten Einsparungen noch zu einer Entlastung der

Verwaltung. Der VDP fordert, arbeitsmarktbezogene Förderinstrumente auch künftig verlässlich zugänglich zu halten und die Zusammenarbeit zwischen Jobcentern, AsylbLG-Trägern und der Bundesagentur für Arbeit verbindlich zu regeln.



Jahresgespräch mit der BA

Im März fand das jährliche Verbandsgespräch zwischen dem VDP und der Bundesagentur für Arbeit (BA) statt. Im Mittelpunkt standen strategische Themen rund um öffentlichen Einkauf, Förderinstrumente, Digitalisierung und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagenturen und Bildungsträgern.

Die BA kündigte an, auch 2025 Bildungsmaßnahmen im Milliardenvolumen zu beschaffen und die Vergabepaxis stärker an den tatsächlichen Bedarf anzupassen. Zudem soll das Qualitätsmanagement ausgebaut werden, um Bildungsträger gezielter nach Qualitätskriterien zu beauftragen. Der VDP begrüßte dies, wies aber auf Verbesserungsbedarf bei der Rückmeldung aus dem Trägermanagement hin. Ein Schwerpunkt war die Integration Geflüchteter im Rahmen des „Job-Turbo“. Sprachförderung bleibt wichtig, soll aber vermehrt berufsbegleitend erfolgen. Der VDP machte auf Probleme beim Wegfall begleitender Sprachförderung, etwa in AsAfex, aufmerksam. Weitere Themen waren das neue Coaching-Instrument nach §16k SGB II und die erfolgreiche Umstellung gemeinsamer Reha- und Weiterbildungsmaßnahmen.

Das Aus- und Weiterbildungsgesetz zeigt erste Wirkungen: Besonders kleine Unternehmen nutzen vermehrt Förderangebote, während das Qualifizierungsgeld bisher wenig nachgefragt wird. Die BA treibt zudem ihre IT-Modernisierung voran – mit einem geplanten zentralen Träger-Account und vollständig digitalisiertem Bildungsgutscheinverfahren.

Der VDP betonte die Bedeutung einer frühzeitigen Einbindung der Bildungsträger in die regionale Bildungsplanung, um Auslastungsprobleme zu vermeiden. Bei Jugendmaßnahmen sollen bestehende Programme besser an regionale Gegebenheiten angepasst werden. Der VDP wird insbesondere die Themen Förderbedingungen, Digitalisierung und Qualitätssicherung weiter eng begleiten.

BA Verbändetreffen

Ende Oktober fand der jährliche Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesagentur für Arbeit (BA) statt. Besprochen wurde unter anderem der aktuelle Stand der Plattform „mein NOW“, insbesondere die Zahl der veröffentlichten Weiterbildungsangebote, der Umgang mit virtuellen Standorten ohne physische Adresse sowie bestehende technische Probleme bei der Pflege durch Bildungsträger. Im Zusammenhang mit der AZAV-Reform wurde die Abstimmung mit der Reform des Fernunterrichtsschutzgesetzes

thematisiert, um Doppelstrukturen und widersprüchliche Anforderungen an digitale Lernformate zu vermeiden. Bei den AVGS-Maßnahmen wurde auf Rückschritte bei der Digitalisierung hingewiesen, etwa durch papierbasierte Abläufe und verzögerte Genehmigungen. Diskutiert wurden geplante Schritte zur vollständigen digitalen Antragstellung, Bewilligung und Abrechnung sowie die mögliche Einführung einer bundeseinheitlichen Plattform. Zur Berufseinstiegsbegleitung (BerEB), die derzeit nur noch

in acht Bundesländern kofinanziert wird, stellte sich die Frage nach ihrer zukünftigen Ausrichtung und Wirkung auf Übergänge in Ausbildung und Beschäftigung. Zudem wurde über die geplante „Work-and-Stay-Agentur“ als zentrale digitale Anlaufstelle für ausländische Fachkräfte informiert. Abschließend ging es um den geplanten Prozess zur Überprüfung der Wirksamkeit der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der BA, insbesondere zur Methodik, Beteiligung externer Akteure und Transparenz der Ergebnisse.

Publikation „Arbeitsplatz Europa“

In diesem Jahr ist die Neuauflage der Broschüre „Arbeitsplatz Europa – Sprachkompetenz wird messbar“ erschienen. Herausgegeben von DIHK, VDP und telc gGmbH, stellt sie den Gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen (GeR) in einer praxisorientierten Fassung für den Arbeitsplatz vor. Die Publikation zeigt, wie Sprachkompetenzen in den Bereichen Hören, Lesen, Sprechen und Schreiben anhand der Niveaustufen A1 bis C2 differenziert beschrieben und europaweit vergleichbar gemacht werden können. Darüber hinaus verdeutlicht sie den Nutzen für Personalverantwortliche, Lehrkräfte, Lernende und Zertifikatsanbietende, bietet Beispiele typischer Kommunikationssituationen in der Berufswelt und gibt einen Überblick über relevante Sprachprüfungen und Zertifikate. Ziel der Neuauflage ist es, Transparenz zu schaffen und die Sprachkompetenz am Arbeitsplatz messbar und nachvollziehbar darzustellen.

Arbeitsplatz Europa Sprachkompetenz wird messbar

Gemeinsamer europäischer
Referenzrahmen für Sprachen:
lernen, lehren, beurteilen (GeR)



DIHK VDP telc CAMBRIDGE English GME



Änderungen in der Umsatzsteuerbefreiung von Bildungsangeboten

Die vom Bundesfinanzministerium geplanten Änderungen zur Umsatzsteuerbefreiung im Bildungsbereich hatten erhebliche Bedeutung für die freien Bildungsträger.

Durch das gemeinsame Engagement der Verbände konnte erreicht werden, dass Angebote der beruflichen Fort- und Weiterbildung weiterhin von der Umsatzsteuer befreit bleiben.

Mit dem Anfang 2025 vorgelegten Entwurf zur Anpassung des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses bleiben jedoch zentrale Fragen offen. Der VDP sieht darin weiterhin Risiken für Planungssicherheit und Rechtsklarheit

der Bildungsträger. In seiner Stellungnahme hat der Verband insbesondere auf folgende Punkte hingewiesen: die zu enge Kategorisierung von Weiterbildungsangeboten, mögliche Rechtsunsicherheiten bei der Abgrenzung steuerfreier Leistungen sowie den drohenden Mehraufwand durch ein neu geregeltes Bescheinigungsverfahren. Der VDP setzt sich daher für praxistaugliche und rechtssichere Regelungen ein, die die Vielfalt der Bildungslandschaft erhalten.



REFORM DER GESUNDHEITSFACHBERUFE

Die Zukunft der Physiotherapie

Die Reform der Gesundheitsfachberufe ist seit Jahren ein zentrales Feld der politischen Arbeit des VDP.

Während einige Berufe bereits überarbeitet wurden, stehen die Therapieberufe – insbesondere die Physiotherapie – weiterhin auf der Agenda. Der VDP setzt sich dabei konsequent für eine starke berufsfachschulische Ausbildung, moderne Inhalte, bundesweite Schulgeldfreiheit und eine Ausbildungsvergütung für alle Schülerinnen und Schüler ein.

Im Bereich Physiotherapie hat die alte Bundesregierung 2024 keinen Referentenentwurf mehr vorgelegt. Mit der neuen Koalition aus CDU/CSU und SPD findet sich die Kernforderung des VDP nach einer Abkehr von der Vollakademisierung nun erstmals ausdrücklich im Koalitionsvertrag wieder, verbunden mit dem Ziel, die Reform zügig voranzubringen. Dies bestätigt unsere jahrelange Lobbyarbeit und schafft Rückenwind für die nächsten Schritte.

Seit Sommer 2025 steht die Reform auch im offiziellen Arbeitsplan des Bundesgesundheitsministeriums, bislang allerdings ohne konkreten Zeitplan. In Vorbereitung darauf hat die Fachgruppe Gesundheitsschulen im Oktober gemeinsam mit den Trägern strategische Positionen

abgestimmt. Mit der Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Emmi Zeulner (CDU/CSU, Gesundheitsausschuss) war zudem eine enge Anbindung an die aktuelle Bundespolitik gewährleistet.

Besonders kritisch bleibt die Finanzierungsfrage. Der Bund hält in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Finanzierung wohl weiterhin an einer Lösung über das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) fest. Angesichts einer Ambulantisierungsquote von rund 80% in der Physiotherapie würde dies die Versorgungsrealität jedoch deutlich verfehlen. Schon bei der MTA-Reform zeigte sich, dass eine KHG-Finanzierung erhebliche Probleme für ambulante Praxispartner und damit auch die ausbildenden Schulen mit sich bringt. Um Alternativen auszuloten, haben die Länder eine eigene Unter-Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein Finanzierungsmodell, idealerweise ohne KHG-Einbindung, schaffen soll. Der VDP setzt sich mit Nachdruck für eine bundeseinheitliche Fondslösung – analog zur Pflege – ein, die sowohl Schulen als auch ambulante Einrichtungen verlässlich einbindet und damit die Versorgungslandschaft realistisch abbildet.



Nach Jahren des Stillstands kommt damit wieder Bewegung in den Reformprozess. Der VDP wird die nächsten Schritte eng begleiten, eigene Vorschläge insbesondere zur Finanzierungsarchitektur einbringen und den Austausch mit Bund und Ländern fortsetzen. Ziel bleibt eine moderne Teilakademisierung, die Qualität, Attraktivität und Durchlässigkeit der Physiotherapieausbildung nachhaltig sichert.

Reform der Pflegeberufe

Auch 2025 standen die beiden Gesetzesvorhaben zur bundeseinheitlichen Pflegefachassistenz sowie zur Stärkung der Pflegekompetenz im Mittelpunkt der Arbeit des VDP.

Aufgrund der Auflösung der Ampelkoalition und der vorgezogenen Bundestagswahl wurden beide Vorhaben von der alten Regierung nicht mehr verabschiedet. Die neue Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat die Referentenentwürfe jedoch im Kern übernommen, sodass unsere Positionen und Forderungen weitgehend gleichgeblieben sind.

Der Handlungsdruck ist unverändert hoch: 2025 waren über 115.000 Stellen unbesetzt – ein historischer Höchststand. Bis 2029 wird eine Versorgungslücke von 60.000 bis 260.000 Pflegekräften erwartet. Vor diesem Hintergrund hat der VDP erneut Stellungnahmen eingebracht und konkrete Nachbesserungen gefordert.



Pflegefachassistenz

Mit dem Pflegefachassistenzgesetz (PflFAssG) soll erstmals eine bundeseinheitliche Ausbildung geschaffen werden. Sie soll den bisherigen Helfer- und Assistenzberufen ein einheitliches Profil geben und jungen Menschen mit Hauptschulabschluss einen anerkannten Abschluss eröffnen.

Der VDP begrüßt das Vorhaben, sieht jedoch Anpassungsbedarf und hat u.a. folgende Positionen intensiv mit den zuständigen Fachpolitikern diskutiert:

der im Fall fehlender Vereinbarung die Pauschale der dreijährigen Pflegeausbildung auch für die Assistenzausbildung gilt.

- > Der VDP fordert, die Schülerzahl für 18 Monate festzuschreiben, da die überwiegenden Fixkosten der Schulen (Personal, Mieten, Infrastruktur) unabhängig von Schülerabgängen bestehen bleiben. Besonders einzügige Schulen im ländlichen Raum benötigen eine verlässliche Finanzierung, um wohnortnahe Ausbildungsangebote und die Daseinsvorsorge in der Fläche zu sichern.
- > Der VDP schlägt vor, eine gesetzliche Absicherung zu schaffen, nach
- > Der VDP setzt sich dafür ein, den Abschluss Pflegefachassistent/in auf Grundlage einer bestandenen Zwischenprüfung in der dreijährigen Ausbildung zu ermöglichen, um Kompetenzverluste bei Ausbildungsabbrüchen zu vermeiden und die Bindung an das Berufsfeld zu stärken.
- > Als Orientierung für Pauschalen kann die Generalistik dienen, allerdings sind aufgrund abweichender Strukturen und höherer Kosten Anpassungen notwendig.

Ganztagsanspruch ab 2026: Verlängerte Fristen, neue Initiativen und konstruktiver Austausch

Die Umsetzung des Ganztagsanspruchs rückt näher und steht derzeit in vielen Ländern, Kommunen und bei den Trägern ganz oben auf der Agenda. Ab dem 1. August 2026 wird der Anspruch schrittweise eingeführt, zunächst für die erste Klassenstufe und dann Jahr für Jahr erweitert, bis er ab dem Schuljahr 2029/30 für alle Grundschulkinder gilt.

Um den notwendigen Ausbau der Infrastruktur abzusichern, hat der Bund ein Investitionsprogramm Ganztagsausbau in Höhe von bis zu 3,5 Mrd. Euro aufgelegt. Mit dem im Juli 2025 verkündeten Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm wurden die Laufzeiten um zwei Jahre erweitert: Maßnahmen können nun bis Ende 2029 abgeschlossen und bis Mitte 2030 abgerechnet werden. Damit reagiert die Bundesregierung auf den hohen Investitions- und Umsetzungsbedarf vor Ort.

Zugleich hat das Land Niedersachsen im Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht, die auf eine Klarstellung zur Ferienbetreuung zielt. Nach dem Vorschlag soll ausdrücklich geregelt werden, dass auch Ferienangebote geeignet sind, den Rechtsanspruch zu erfüllen. Damit sollen Kommunen und Träger mehr Planungssicherheit erhalten. Der VDP begrüßt das Ziel des Referentenentwurfs, warnt in seiner Stellungnahme jedoch vor Wettbewerbsverzerrungen, wenn schulische Angebote, insbesondere an freien Schulen, nicht gleichberechtigt berücksichtigt werden. Um alle Kapazitäten zu nutzen, fordert der VDP eine trägerübergreifende Umsetzung, in der freie Schulträger gleichberechtigt in Planung, Finanzierung und Durchführung eingebunden sind.

Das Bundesministerium für Bildung und Familie hat die Einführung des Rechtsanspruchs auch in diesem Jahr wieder durch zahlreiche Fachveranstaltungen und Kongresse begleitet. Hervorzuheben ist der Ganztagskongress „Das Kind im Zentrum“ in Berlin, der die inhaltlichen und

strukturellen Fragen der ganztägigen Bildung in den Mittelpunkt stellte. Bereits im Jahr 2024 fanden hierzu mehrere thematische Fachtage statt, etwa zu MINT-Angeboten im Ganztage oder zur Ausstattung von Küchen und Mensen. Die Mitglieder des „zivilgesellschaftlichen Dialog“, zu denen auch der VDP gehört, tagten in diesem Jahr ebenfalls mehrfach, um die Umsetzung des Rechtsanspruchs eng zu begleiten.

Der VDP hat das Thema darüber hinaus in seiner Fachgruppensitzung der Allgemeinbildenden Schulen im Mai aufgegriffen und mit Frau Binder, Leiterin des Referats „Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern“ im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend aktuelle Entwicklungen, praktische Herausforderungen sowie Lösungsansätze für freie Träger diskutiert. Der VDP machte im Gespräch noch einmal deutlich, dass es unerlässlich ist, die zur Verfügung stehenden Gelder trägerneutral einzusetzen, damit freie Schulen die gleichen Zugangschancen zu Fördermitteln erhalten. Bisher fehlt in der Förderpraxis oft die formelle Antragsberechtigung freier Schulträger, um direkt von Bundesmitteln für den Ganztagsausbau zu profitieren. Die vom Bund bereitgestellten Gelder sind zwar den Ländern zugewiesen, aber letztlich dafür gedacht, den Ganztagsausbau voranzubringen. Damit dieses Ziel erreicht wird, sollten auch freie Schulen unmittelbar Zugang zu entsprechenden Förderprogrammen erhalten. Darüber hinaus machte der VDP auch hier deutlich, dass die gleichberechtigte Beteiligung freier Schulträger an der Jugendhilfeplanung essenziell ist, um den Rechtsanspruch überall erfolgreich umzusetzen.

Digitalpakt 2.0 auf den Weg gebracht

Die flächendeckende Digitalisierung ist ein zentraler Baustein für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und unserer Gesellschaft.

Insbesondere die Digitalisierung der Schulen ist entscheidend, um Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf die Anforderungen einer digitalen Welt vorzubereiten und ihnen zeitgemäße Bildungszugänge zu ermöglichen. Der Digitalpakt hat einen wichtigen Grundstein gelegt, um Schulen bei der Entwicklung und dem Ausbau einer modernen digitalen Infrastruktur zu unterstützen. Umso erfreulicher ist es, dass der Digitalpakt Schule 2.0 nun auf den Weg gebracht wurde. Die Mittel in Höhe von insgesamt fünf Milliarden Euro stammen aus dem Sondervermögen des Bundes und werden je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Während der Bund rund 2,5 Milliarden Euro direkt für den Ausbau der digitalen Infrastruktur bereitstellt, erbringen die Länder ihren Anteil teilweise durch Anrechnungen bereits bestehender Programme. Zusätzlich stellt der Bund weitere 250 Millionen Euro im Rah-

men des Sonderprogramms „Digitales Lehren und Lernen“ zur Verfügung, um innovative Unterrichtsformen und neue Technologien gezielt zu fördern.

Im Zentrum des Digitalpakts 2.0 stehen der weitere Ausbau der schulischen IT-Infrastruktur, die Bereitstellung digitaler Endgeräte, die Entwicklung neuer digitaler Unterrichtskonzepte sowie Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte. Auch KI-gestützte Lernsysteme und digitale Vertretungskonzepte sollen erprobt werden. Die Finanzierung ist gesichert, die endgültige Vereinbarung zwischen Bund und Ländern steht jedoch noch aus. Ein Start ist für 2026 vorgesehen, ein früherer Beginn bleibt möglich.

Der VDP hat seine Forderungen frühzeitig platziert und in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern von Bund und Ländern eingebracht.

Damit die Chancen der Digitalisierung allen Schülerinnen und Schülern offenstehen, braucht es ausreichende Investitionen in Infrastruktur, Endgeräte und Weiterbildung – und zwar gleichberechtigt auch für Schulen in freier Trägerschaft. Diese sind Teil des öffentlichen Schulwesens und müssen bei allen Investitionen berücksichtigt werden. Eine unmittelbare Möglichkeit der Mittelbeantragung durch die Schulen ist dabei unverzichtbar. Nur so können bereits getätigte Investitionen in Endgeräte durch Wiederbeschaffungen langfristig gesichert und bestehende Ausstattung kontinuierlich erneuert werden. Hinsichtlich der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte forderte der VDP zudem eine prozentuale Mittelaufteilung nach Privatschulanteil, da staatliche Fortbildungsangebote Lehrkräften an privaten Schulen oft nicht offenstehen oder nicht zu ihren Konzepten passen.

Startchancenprogramm gestartet

Mit dem Startchancen-Programm verfolgen Bund und Länder seit dem Schuljahr 2024/25 das Ziel, Schulen in besonders herausfordernden Lagen zu stärken und Kindern gezielt bessere Bildungschancen zu ermöglichen. Dafür stehen in den kommenden zehn Jahren rund 20 Milliarden Euro bereit – jährlich je eine Milliarde vom Bund und von den Ländern. Gefördert werden Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen, moderne Lernumgebungen und multiprofessionelle Teams. Etwa eine Million Schülerinnen und Schüler – rund zehn Prozent aller Lernenden in Deutschland – sollen davon profitieren. Die Auswahl der Schulen erfolgt über einen Sozialindex, der Kriterien wie Familien mit geringem Einkommen,

Migrationshintergrund oder besonderen Förderbedarf abbildet. Finanziert werden Investitionen in Infrastruktur, Chancenbudgets für Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Personal für multiprofessionelle Teams.

Bundesweit sind bereits über 2.000 Schulen gestartet, bis 2026/27 soll die Zahl auf 4.000 anwachsen. In Nordrhein-Westfalen nehmen derzeit 923 Schulen teil, in Bayern 580, in Rheinland-Pfalz rund 200, in Brandenburg 110 und in Niedersachsen etwa 390. Auch in Hamburg, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und weiteren Bundesländern sind Schulen bereits ausgewählt oder auf dem Weg in die Förderung. (Stand August 2025) Damit wird schon jetzt eine große

Zahl von Schülerinnen und Schülern erreicht, und weitere Schulen kommen jedes Jahr hinzu. Ein zentrales Ziel ist es, innerhalb von zehn Jahren die Zahl der Kinder, die die Mindeststandards in Deutsch und Mathematik nicht erreichen, zu halbieren. Das Programm wird von Beginn an wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Erste Ergebnisse liegen noch nicht vor, die Evaluation soll jedoch fortlaufend Impulse geben und die Wirksamkeit überprüfen.

Auch freie Schulen werden im Rahmen des Programms berücksichtigt, sofern sie die gleichen sozialen Auswahlkriterien erfüllen wie staatliche Schulen. Die Entscheidung über ihre Einbindung liegt bei den Ländern.

LEHRKRÄFTE- GEWINNUNG

Gründung der AG Lehrkräfte- gewinnung

Die VDP Arbeitsgruppe „Lehrkräftegewinnung“ befindet sich aktuell in Gründung. Mit dieser Initiative verfolgt der Verband das Ziel, die besonderen Rahmenbedingungen privater Schulen noch stärker in Studien, Initiativen und Empfehlungen für die Politik einzubringen. Die AG wird einschlägige Untersuchungen und Projekte identifizieren, Kontakte zu verantwortlichen Akteuren aufnehmen und gezielt strategische Einflussmöglichkeiten nutzen.

Ein erstes zentrales Vorhaben ist die Erstellung einer Übersicht über die unterschiedlichen Regelungen zur Lehrkräftegewinnung in den einzelnen Bundesländern. Diese interne Grundlage soll nicht nur den Mitgliedseinrichtungen Orientierung bieten, sondern zugleich als fundierte Argumentationshilfe gegenüber Politik und Verwaltung dienen. Darüber hinaus wird sich die Arbeitsgruppe der Identifikation innovativer Ansätze zur Gewinnung von Lehrkräften widmen, die als Impulse in den bildungspolitischen Dialog eingebracht werden sollen.

VDP ist Partner der „Allianz für Lehrkräfte“ im Rahmen der „Zukunftsmission Bildung“

Seit Juni 2025 ist der VDP Partner der „Allianz für Lehrkräfte“ im Rahmen der „Zukunftsmission Bildung“, die es sich zum Ziel gesetzt hat, dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken und digitale Kompetenzen bei Lehrenden zu verbessern.

In der Allianz, die vom Stifterverband ins Leben gerufen wurde, arbeiten Zentren für Lehrkräftebildung/Schools of Education, Hochschulleitungen, Schulen, Studienseminare und Landesinstitute sowie Stiftungen, engagierte Unternehmen, Bildungsinitiativen und -Start-ups an einer ganzheitlichen Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung. Die Allianz bündelt Förderinitiativen und will gemeinsam mit den Bundesländern konkrete Veränderungen umsetzen, um den Lehrkräftemangel mit ausreichend und richtig qualifizierten Lehrkräften zu überwinden. Der VDP bringt als Teil dieser Initiative die Erfahrungen und Besonderheiten freier Träger ein und arbeitet gemeinsam mit anderen Akteuren an nachhaltigen Lösungsansätzen.



Austausch mit KMK-Präsidentin Simone Oldenburg

Im Juli fand ein Austausch zwischen VDP Präsidentin Dagmar Mager, VDP Vizepräsident Dr. Florian Huber, Landesgeschäftsführer VDP Nord Christian Schneider und der KMK-Präsidentin Simone Oldenburg statt, um zentrale Themen der Bildungsentwicklung zu erörtern.

Im Zentrum standen die Planungen rund um das Sondervermögen für Infrastruktur und Bildung. Der VDP machte deutlich, dass Investitionen in Ausstattung und baulichen Erhalt nicht allein für staatliche Schulen gedacht sein dürfen, sondern freie Schulen gleichermaßen erreichen müssen. Ein Verfahren nach dem Vorbild des DigitalPakts – mit eigener Antragstellung und schüleranteiliger Mittelvergabe – sind aus Sicht des Verbandes essenziell für eine erfolgreiche Umsetzung.

Ein zweiter Schwerpunkt war die Frage der Lehrkräftegewinnung. Hier zeigte sich, dass freie Schulen durch flexible Strukturen und innovative Ansätze viel Potenzial haben, Verfahren durch uneinheitliche Anerkennungsverfahren und bürokratische Hürden aber erschwert werden. Der VDP kritisierte ausdrücklich die unterschiedlichen Regelungen in den Ländern bei der Anerkennung von Abschlüssen und Lehramtsbefähigungen. Zugleich wurde vereinbart, dass der Verband hierzu Praxisbeispiele einbringt, um die Problemlagen sichtbar zu machen. Die KMK-Präsidentin wird das Thema auf der Kultusministerkonferenz im Dezember einbringen.

Der VDP erneuerte in diesem Zusammenhang seine Forderung nach einem besseren und kontinuierlichen Austausch zwischen Kultusministerkonferenz und freiem Schulwesen. Beschlüsse und Empfehlungen dürfen nicht an den freien Schulen vorbeigehen, sondern müssen systematisch einbezogen und in allen Ländern gleichwertig angewendet werden. Neben den zentralen bildungspolitischen Fragen bot das Treffen auch

Raum für den Blick auf positive Entwicklungen. So wurden gelungene Formate wie die „Verfassungsviertelstunde“ in Bayern oder der „Tag der freien Schulen: Politik macht Schule“ vorgestellt, die zeigen, wie lebendig Demokratiebildung an Schulen gestaltet werden kann. Schließlich sprach der VDP auch die geplante Einführung einer bundesweiten Schüler-ID an und wies darauf hin, Doppelstrukturen und unnötige Bürokratie zu vermeiden.

Damit hat der VDP seine Positionen klar eingebracht und unterstrichen, dass freie Schulen nicht nur Teil, sondern aktiver Motor der Bildungsentwicklung in Deutschland sind.



Christian Schneider, Simone Oldenburg, Dagmar Mager und Dr. Florian Huber (v.l.n.r.)

VDP INNOVATIONS- PROJEKTE

Freie Träger setzen durch Initiative und Engagement gesellschaftliche Veränderungen schnell und zielgerichtet um. Dabei entstehen qualitativ hochwertige Bildungsangebote, die in der Vergangenheit auch von staatlichen Schulen übernommen wurden. Mit der Auszeichnung von Bildungseinrichtungen als „VDP Innovationsschule“ oder „VDP Innovationsträger“ möchte der VDP nun schon im zweiten Jahr diese Impulsgeber und ihre Projekte sichtbar machen. Drei Projekte wurden in diesem Jahr ausgewählt und im Rahmen des VDP Bundeskongresses 2025 ausgezeichnet.

BIP Chemnitz gGmbH Berufsfachschule für Pflegeberufe & Sozialwesen



Ab Sommer 2023 gilt in vollstationären Pflegeeinrichtungen deutschlandweit eine neue Personalbemessung. In einem Qualifikationsmix soll es zukünftig mehr ausgebildete Pflegeassistenten geben. Da die Ausbildung landesrechtlich geregelt ist, gibt es in jedem Bundesland andere Regelungen zur Berufsausbildung in der Pflegehilfe. In Sachsen gibt es die reguläre 2-jährige Ausbildung zur/zum staatlich geprüften Krankenpflegehelfer/in“.

Für bereits beschäftigte Pflegehelfer ist der Wechsel in eine Ausbildung aus finanziellen und organisatorischen Gründen oft keine Option. Somit hat das Mitgliedsunternehmen BIP Chemnitz gGmbH erstmalig in Sachsen einen Vorbereitungskurs für die Schulfremdenprüfung in der Pflegehilfe entwickelt. Seit drei Jahren nehmen daran Pflegekräfte aus stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und auch aus Krankenhäusern aus ganz

Sachsen teil, um den Berufsabschluss als Krankenpflegehelfer zu erlangen. Im Kurs, welcher AZAV-zertifiziert und über das Qualifizierungschancengesetz förderfähig ist, lernen die Teilnehmenden die wichtigsten Inhalte und Kompetenzen des Berufsbildes. In einem echten Prüfungsmarathon legen sie dann sieben berufsbezogene Prüfungen in allen Lernfeldern der regulären Ausbildung ab. Wer noch nicht über die mittlere Reife verfügt, macht zusätzlich mündliche Prüfungen in Deutsch, Englisch und Gemeinschaftskunde.

Den ersten Kurs als sächsisches Pilotprojekt wurde in Kooperation mit dem Pflegebetreiber KATHARINENHOF® durchgeführt und legte den Grundstein für die Folgekurse. Insgesamt konnten bereits 121 Personen erfolgreich den Berufsabschluss zur/zum staatlich geprüften Krankenpflegehelfer/in erhalten – eine echte Erfolgsgeschichte!

Interdisziplinäre Lehr- und Forschungsambulanz „Therapiewerk“ der F+U Rhein-Main-Neckar gGmbH Darmstadt



Die interdisziplinäre Lehr- und Forschungsambulanz „Therapiewerk“ der F+U Rhein-Main-Neckar gGmbH verfolgt das Ziel die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen praxisorientiert, interdisziplinär und realitätsnah zu gestalten, einen Beitrag zur Forschung in den Therapieberufen zu leisten und dabei zeitgleich die regionale Gesundheitsversorgung zu unterstützen.

Neben dem regulären Praxisbetrieb für Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie haben die SchülerInnen und Studierenden der F+U Fachschulen und der iba Berufsakademie die Möglichkeit schon ab Tag 1 der Ausbildung Einblicke in die therapeutische Praxis zu gewinnen, reale Fallbeispiele hinter Spiegelwänden zu

beobachten und unter fachlicher Supervision eigene PatientInnen und KlientInnen zu behandeln.

Das Therapiewerk steht den SchülerInnen und Studierenden über die gesamte Ausbildungs- und Studienspanne hinweg als Lernort zur Verfügung. Neben den TherapeutInnen haben die Lehrkräfte und Dozierenden der jeweiligen Fachschulen und Studiengänge die Möglichkeit das Therapiewerk als Unterrichtsraum zu nutzen. Hierbei nutzen die TherapeutInnen und Lehrkräfte eine Vielzahl von diagnostischen und therapeutischen Mitteln, die sowohl in der Behandlung der PatientInnen, als auch im Unterrichtsetting zur Anwendung kommen.

GfM GmbH & Co KG – Handwerkliche und industrielle Berufe zum Ausprobieren



Am 3. April 2025 wurde Zeitz zum Erlebnisort der Berufsorientierung: 756 Schülerinnen und Schüler tauchten aktiv in handwerkliche, industrielle und weitere Berufsfelder ein. In der „Halle des Handwerks – Berufe zum Anfassen“ mit 22 Berufen und dem „Berufe-Campus – Berufe zum Ausprobieren“ mit acht Berufs-Inseln, gefördert durch das Bundesmodellvorhaben Unternehmen Revier, konnten sie praktisch tätig werden.

36 regionale Unternehmen brachten ihre Auszubildenden mit, was authentische Begegnungen auf Augenhöhe ermöglichte. Besonders eindrucksvoll war die Präsentation eines Beeridigungsinstituts, das mit Humor und Ernsthaftigkeit handwerkliche Tätigkeiten zeigte. In Werkstätten,

Küchen und Ateliers probierten die Jugendlichen aus, was ihr zukünftiger Beruf sein könnte.

Ein Highlight war der „Berufe-Führerschein“: Wer aktiv mitmachte, sammelte Stempel der Unternehmen, die zugleich als Kontakte für Praktika dienten. Am Ende erhielten alle ein Teilnahmezertifikat – ein echter Mehrwert für ihre Orientierung.

Organisiert von der GfM GmbH & Co. KG mit Stadt Zeitz, HWK und IHK überzeugte der Tag durch Vielfalt, Praxisnähe und die enge Verbindung von Wirtschaft und Bildung. Der Aktionstag zeigte, wie innovative Berufsorientierung junge Menschen begeistert, Betriebe und Schulen vernetzt und so die Fachkräftesicherung in der Region stärkt.

Künstliche Intelligenz und digitale Bildung

Im vergangenen Jahr hat die Entwicklung im Bereich digitaler Medien und insbesondere der Künstlichen Intelligenz nochmals erheblich an Tempo gewonnen. Für Schulen und Bildungsträger eröffnen sich dadurch neue Möglichkeiten, Lernprozesse individueller zu gestalten und organisatorische Abläufe effizienter zu unterstützen. Gleichzeitig wächst der Handlungsdruck, diese Technologien pädagogisch sinnvoll, rechtssicher und ressourcenschonend einzusetzen. Für die privaten Bildungseinrichtungen im VDP stellt sich daher verstärkt die Aufgabe, Chancen und Herausforderungen der KI-Entwicklung aktiv zu begleiten und die spezifischen Bedarfe freier Schulen in den bildungspolitischen Diskurs einzubringen. Der VDP hat sich auch im aktuellen Geschäftsjahr im Rahmen verschiedener Veranstaltungen und Angebote für Bildungseinrichtungen intensiv mit dem Thema KI und Digitalisierung auseinandergesetzt.



AG Digitale Bildung

Die AG Digitale Bildung war auch in diesem Jahr ein wichtiges Forum für den kollegialen Austausch zu praxisnahen Fragen der digitalen Bildung. Mit dem Ziel, Erfahrungen zu reflektieren, typische Herausforderungen zu besprechen und voneinander zu lernen wurde in den beiden Sitzungen im Mai und September bewusst auf klassische Fachinputs verzichtet. Im Mittelpunkt standen die Anliegen, Beispiele und Fragen aus dem Arbeitsalltag der Mitgliedseinrichtungen, die gemeinsam weiterentwickelt und geklärt werden konnten.

In der jüngsten Sitzung im September stand der Einsatz von KI-Tutoren im Unterricht im Zentrum. Eingeladen waren sowohl Kolleginnen und Kollegen, die bereits erste praktische Erfahrungen mit KI-Tutoren gesammelt haben, als auch diejenigen, die zuhören, Fragen stellen oder ihren Unterstützungsbedarf formulieren wollten. In der gemeinsamen Diskussion wurden erste Erfahrungen ausgetauscht, gelungene Ansätze vorgestellt und Bedarfe identifiziert, die für die Weiterentwicklung in diesem dynamischen Themenfeld relevant sind.

Kooperation mit Microsoft: VDP-Seminarreihe zu Künstlicher Intelligenz

Beim VDP-Bundeskongress 2024 wurde der Grundstein für eine Kooperation mit Microsoft gelegt. Die Zusammenarbeit ermöglichte es, Schulen und Bildungseinrichtungen im ersten Halbjahr 2025 gebündelt Seminare im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) anzubieten und sie dabei zu unterstützen, Kompetenzen für die digitale Transformation zu erwerben. Ziel war es, den Bildungseinrichtungen fundierte Einblicke in den Einsatz von KI, praxisnahes Wissen und konkrete Handlungsmöglichkeiten zu vermitteln, damit sie die Potenziale der Digitalisierung bestmöglich nutzen und sinnvoll in den Schulalltag integrieren können.

Die Seminarreihe umfasste insgesamt vier Online-Schulungen. Den Auftakt bildete das Online-Seminar „KI in Bildungsinstitutionen – Eine Übersicht und konkrete Anwendungsbeispiele für mehr Effizienz im Schulalltag“. Es folgte eine Veranstaltung zu dem Thema „KI und Verantwortung – Widerspruch oder lösbare Herausforderung?“. Im April stand das Thema „KI im Schulalltag: Mit Künstlicher Intelligenz effizienter und kreativer unterrichten“ im Mittelpunkt, bevor die Reihe im Mai mit der vierten Schulung „KI und Schule der Zukunft: Chancen, Herausforderungen und praktische Umsetzung“ abgeschlossen wurde.

Die Seminare stießen auf große Resonanz und bestätigten das hohe Interesse der Bildungseinrichtungen an praxisnaher Orientierung im Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Die Inhalte wurden im Anschluss in der Arbeitsgruppe „Digitale Bildung“ des VDP aufgegriffen und dort weiter vertieft.

Ed.One – Education Innovation Summit

Am 9. Oktober 2025 fand in München der Ed.One – Education Innovation Summit statt. Die Veranstaltung stand unter der Schirmherrschaft von Dr. Fabian Mehring, MdL, dem Bayerischen Staatsminister für Digitales und wurde vom Verband der Bayerischen Wirtschaft (vbw), dem Verband Bayerischer Privatschulen (VBP) und dem VDP unterstützt.

Der Summit verstand sich als exklusive Austauschplattform zur Zukunft der Bildung und zur Rolle von Innovation und Digitalisierung im Bildungssektor. Im Mittelpunkt standen die Vernetzung führender Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Schulen und EdTech-Unternehmen sowie der Dialog über neue digitale Lösungen.

Bundeskongress 2024 in Berlin – „Neue Welten, Neue Wege: Bildungsvielfalt im Fokus“

Der Bundeskongress fand vom 20. bis 22. November 2024 unter dem Motto „Neue Welten, Neue Wege: Bildungsvielfalt im Fokus“ in Berlin statt.

Eröffnet wurde er vom ehemaligen VDP Präsidenten Dr. Klaus Vogt. Mit einem Grußwort hielten die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger (digital), die Staatssekretärin für Bildung des Landes Berlin Christina Henke und der ehemalige Vorsitzende des VDP Landesverbands Berlin/Brandenburg Andreas Wegener die Teilnehmenden ebenfalls herzlich willkommen. Im Anschluss wurde der Kongress von Andreas Schleicher, Direktor des Direktorats für Bildung der OECD, mit dem Impulsvortrag „Mehr Bildungsqualität für ein zukunftsfähiges Bildungssystem“ thematisch eingeleitet. Erstmals wurden darüber hinaus im Rahmen der Eröffnung die VDP Innovationsschulen und Innovationsträger ausgezeichnet.

Anschließend hielten namhafte Referenten, wie Prof. Dr. Stephan Gerhard Huber, Bildungsforscher, Dr. Arndt Pechstein, Zukunftsdenker und Transformationsbegleiter, Bob Blume, Lehrer, Blogger und Autor, und Ali Mahlodji, Autor und Unternehmer, am Donnerstag und Freitag spannende Themen, wie „Verantwortung und Strategische Führung“, „Future Skills – neues Menschsein für morgen“, „Die Schule brennt und wie wir sie ändern können“ und „Arbeitswelt am Sprung in die Zukunft“ spannende Themen für die Teilnehmenden bereit. Der ehemalige VDP Präsident Dr. Klaus Vogt informierte zudem über die aktuellen politischen und rechtlichen Entwicklungen beim Einsatz von Honorarlehrkräften. Am Mittwochabend diskutierte Politikberater Michael Donnermeyer von der CONCILIUS AG mit den Teilnehmenden über die Wahlergebnisse

der Landtagswahlen 2024 und deren gesellschafts- und bildungspolitische Auswirkungen.

Neben den klassischen Foren wurde erneut ein Teil des Bundeskongresses in die Praxis verlegt. Bei dem Format „Unterwegs in Berlin“ konnten die Teilnehmenden erfolgreiche Unternehmen und Einrichtungen in Berlin besuchen. Das Präsidium und die Fachgruppen

tagten am Mittwoch, den 20. November. Die Mitgliederversammlung fand am Freitag, den 22. November statt. Im Rahmen der Gremiensitzungen fand die Wahl des Vorstands und der Fachgruppenvorsitzenden statt. Wie gewohnt hatten die Teilnehmenden im Rahmen des Kongresses die Möglichkeit, sich auf der Bildungsmesse bei zahlreichen Ausstellern über aktuelle Entwicklungen zu informieren.



VDP WÄHLT NEUEN VORSTAND UND KASSENPRÜFER

Im Rahmen der letzten Mitgliederversammlung im November 2024 standen turnusmäßig die Wahlen des Bundesvorstands und der Kassenprüfer im Zentrum des Kongresses.

Die bisherige Vizepräsidentin Dagmar Mager wurde mit großer Mehrheit zur neuen Präsidentin des VDP gewählt. Dagmar Mager ist geschäftsführende Gesellschafterin des Instituts für Bildung und Beratung in Dresden. Schwerpunkte ihrer Arbeit als Präsidentin bilden insbesondere die Themen Lehrkräftegewinnung und -bindung, die Weiterentwicklung von Gesundheitsschulen, Bildungstrends sowie die strategische Ausrichtung von Bildungsunternehmen. Dagmar Mager ist seit vielen Jahren auch im VDP-Landesverband Sachsen-Thüringen aktiv und seit 2015 Mitglied des Landesvorstands.

Zu den neuen Vizepräsidenten wurden Dr. Florian Huber, Steffen Kilian und Dr. Sebastian Messer gewählt. Dr. Florian Huber ist seit Frühjahr 2023 kooptiertes Vorstandsmitglied im VDP-Dachverband und leitet gemeinsam mit seinem Vater, Gustav Huber, die privaten Isar-Schulen/Huber-Schu-

len in München. Seine Schwerpunkte liegen in der digitalen Transformation sowie der Gewinnung und Qualifizierung von Lehrkräften. Steffen Kilian ist Geschäftsbereichsleiter für Arbeitsmarktdienstleistungen und Sprachen bei der Oskar Kämmer Schule gGmbH und Geschäftsführer des Teutloff Bildungszentrums Wernigerode gGmbH. Er bringt seine Expertise im Bereich Arbeitsmarktdienstleistungen in den Vorstand ein. Dr. Sebastian Messer arbeitet beim Kolping-Bildungswerk Württemberg und ist seit 2023 Geschäftsführer der Liebfrauenschule Bensheim. Als Jurist unterstützt er insbesondere den Bereich Allgemeinbildende Schulen.

Zusätzlich wurden Arndt Paykowski aus Essen und Assol Urrutia-Grothe aus Berlin als Vorstandsmitglieder gewählt. Arndt Paykowski, bereits seit 2018 im Vorstand, ist Geschäftsführer der WIPA und verfügt über 25 Jahre Erfahrung in

der Leitung des Unternehmens. Assol Urrutia-Grothe leitet ein Bildungsunternehmen mit Standorten in Berlin und Brandenburg, zu dem unter anderem die Freie Schule Pankower Fröschchen gGmbH gehört.

Auf Vorschlag des Vorstandes hat die Mitgliederversammlung des VDP Dr. Klaus Vogt einstimmig zum Ehrenpräsidenten des Verbandes ernannt. Nach acht Amtsjahren als Präsident hat Dr. Vogt sich aus der aktiven Vorstandsarbeit des Dachverbandes zurückgezogen, bringt seine langjährige verbands- und bildungspolitische Erfahrung jedoch weiterhin als Ehrenpräsident in den Verband ein.

Weiterhin fand im Zuge der Mitgliederversammlung die Wahl der Kassenprüfer statt. Andy Zimmer und Volker Klein wurden einstimmig gewählt. Thomas Drössel und Nadja Richter übernehmen ihre Stellvertretung.



Dagmar Mager und Dr. Klaus Vogt



Alter und neuer VDP-Vorstand

VDP wählt Fachgruppenvorsitzende

Im Rahmen der Fachgruppensitzungen auf dem Bundeskongress fanden die Wahlen der Fachgruppenvorsitzenden statt. Petra Witt hat erneut den Vorsitz der Fachgruppe Gesundheitsschulen übernommen. Natalie-Reyes Castellanos-Herr unterstützt sie als stellvertretende Vorsitzende. Im Rahmen der Sitzung der Fachgruppe Allgemeinbildende Schulen wurde der ehemalige VDP Vizepräsident Gerhard Helgert zum Vorsitzenden gewählt. Er löste damit Konstantin Merz ab, der die Fachgruppe in den letzten acht Jahren

geleitet hat. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt in der Fachgruppe Allgemeinbildende Schulen weiterhin Volker Klein. Jana Dieckmann kandidierte nicht für eine neue Amtszeit.

Einen Wechsel gab es auch in der Fachgruppe Berufsbildende Schulen. Hier übernahmen Katrin Hochheiser und Sandra Marschall gemeinsam den Vorsitz und lösten damit Dagmar Mager ab. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende der Fachgruppe Naturwissenschaftlich-technische Schulen

Dominik Blossat erneut zum Fachgruppenvorsitzenden gewählt. Hannes Pook übernimmt weiterhin den stellvertretenden Vorsitz der Fachgruppe. Ebenfalls im Amt bestätigt wurde Holger Wohlfeil, der die Fachgruppe Arbeitsmarktdienstleistungen gemeinsam mit seinem Stellvertreter Wolfgang Kottland leitet. Im Rahmen der Fachgruppensitzung Sprachenschulen wurde außerdem Fabian Kemmer zum Fachgruppenvorsitzenden gewählt. Die Fachgruppenvorsitzenden bekleiden das Amt für insgesamt vier Jahre.

Freie Bildung im neuen Gewand: Unser Verbandsmagazin geht online

Das VDP Verbandsmagazin Freie Bildung geht neue Wege: Ab Ende des Jahres erscheint es nicht mehr in gedruckter Form, sondern als modernes Online-Format. Mit redaktionellen Beiträgen aus Politik, Wissenschaft und Praxis möchten wir damit

nicht nur zeitlich flexibler auf aktuelle Entwicklungen reagieren, sondern auch die Chancen der digitalen Verbreitung noch besser nutzen. Wir freuen uns sehr auf den Relaunch, und laden Sie herzlich ein, unser Magazin künftig online zu entdecken.

Gemeinsame Veranstaltung der Fachgruppen Allgemeinbildende und Berufsbildende Schulen

Im Juni fand im Kompetenzzentrum der Dr.-Ing. Paul Christiani GmbH & Co. KG in Landsberg am Lech eine praxisorientierte Fachveranstaltung zum Thema „Berufsorientierung und Prüfungsformate der Zukunft“ statt. Das traditionsreiche Unternehmen Christiani, seit über 90 Jahren führend in der technischen Bildung und langjähriges Fördermitglied des VDP, bot den Teilnehmenden einen inspirierenden Rahmen, um innovative Ansätze der beruflichen Bildung kennenzulernen. Bereits im Vorfeld konnten die Gäste den über 1.500 Quadratmeter großen,

modern gestalteten Showroom des Kompetenzzentrums besichtigen.

Im Mittelpunkt standen zwei Workshops mit konkreten Impulsen für die Bildungsarbeit. Im ersten Workshop „Berufsorientierung im MakerSpace“ wurde gezeigt, wie MakerSpaces als kreative Lernumgebungen genutzt werden können, um Schlüsselkompetenzen wie Kommunikation, Kreativität und Teamarbeit zu fördern. Im zweiten Workshop „Zukunft der Prüfung“ wurden digitale Prüfungsformate und Plattformen wie C-Learning und

C-Examination vorgestellt. Besonders großes Interesse weckte das Projekt „KI-Exam“, das Künstliche Intelligenz zur Auswertung von Freitextaufgaben einsetzt. Die Teilnehmenden diskutierten anschließend, wie hybride Lern- und Prüfungsformate künftig Schulen und Ausbildungsbetriebe bereichern können.

Die Veranstaltung bot wertvolle Einblicke in praxisnahe Innovationen, die die Berufsorientierung und Prüfungsgestaltung nachhaltig weiterentwickeln.

ÜBERSICHTEN/ ALLGEMEINES

Sponsoren / Fördermitglieder

Christiani

Wir bilden voraus

DKB
Das kann Bank

 **eromesmarko**

GLS Bank



 **GOLDBECK**

 **Microsoft**

 **msecure**

 **smartkomm**

Stellungnahmen/ Positionspapiere

Positionspapier

Demontage der Sprachkurse stoppen,
Beschäftigung ermöglichen! [↗](#)

Forderungspapier

Gesamtprogramm Sprache [↗](#)

Stellungnahme

zum Gesetzentwurf Länder- und
Kommunal-Infrastrukturfinanzierungs-
gesetzes (LuKIFG) [↗](#)

Stellungnahme

zum Gesetzentwurf zur
Stärkung der Pflegekompetenz
(Pflegekompetenzgesetz – PKG) [↗](#)

Stellungnahme

zum Referentenentwurf eines Gesetzes
zur Stärkung der Tarifautonomie durch
die Sicherung von Tariftreue bei der
Vergabe öffentlicher Aufträge des
Bundes (Tariftreuegesetz) [↗](#)

Stellungnahme

zum Referentenentwurf eines
Gesetzes zur Einführung
einer bundeseinheitlichen
Pflegefachassistentenausbildung [↗](#)

Stellungnahme

zum Referentenentwurf des
Leistungsrechtsanpassungsgesetzes [↗](#)

Stellungnahme

zum Referentenentwurf eines Gesetzes
zur Stärkung der Angebote der
Jugendarbeit im Ganzttag während der
Schulferien [↗](#)

Presse- mitteilungen

Innovationsschulen 2024:
Wegweisende Projekte für die Bildung
der Zukunft [↗](#)

VDP wählt neuen Vorstand – Dagmar
Mager zur Präsidentin gewählt [↗](#)

Klaus Vogt zum Ehrenpräsidenten des
VDP ernannt [↗](#)

Digitalpakt 2.0 muss ohne weitere
Verzögerungen auf den Weg gebracht
werden [↗](#)

Zukunft Bildung: VDP veröffentlicht
Forderungen zur Bundestagswahl [↗](#)

Sondervermögen Bildung: VDP
fordert klare Ziele und langfristige
Investitionen [↗](#)

Ausbildung in Therapieberufen
reformieren – für eine bessere
Patientenversorgung [↗](#)

Gesamtprogramm Sprache sichern –
VDP fordert verlässliche Finanzierung
der Sprachkurse [↗](#)

Bundestagsdebatte zu
Sondervermögen: VDP mahnt,
freie Schulen verbindlich an
Bildungsinvestitionen zu beteiligen [↗](#)

Eingliederungsleistungen im
Bundeshaushalt 2025 und 2026:
Öffentliche Weiterbildung und
Qualifizierung sichern [↗](#)

VDP Akademie

Gesetzliche Änderungen im Gemeinnützigkeits- und Umsatzsteuerrecht für gemeinnützige Bildungsträger

Strategien zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsanforderungen in Bildungseinrichtungen

KI in Bildungsinstitutionen – Eine Übersicht und konkrete Anwendungsbeispiele für mehr Effizienz im Schulalltag

ChatGPT in der Öffentlichkeitsarbeit – Texte schneller und gezielter erstellen

KI im Schulalltag: Mit Künstlicher Intelligenz effizienter und kreativer unterrichten

Erfolgsstrategien in der Schülergewinnung

Die Neuregelung des § 127 SGB IV – Übergangsregelung zur Sozialversicherungspflicht für Lehrtätigkeiten – Auswirkungen auf die Praxis

Junge Talente für Gesundheitsberufe begeistern – echte Tipps und Tricks aus der Praxis

Die neue EU-KI-Verordnung und ihre Auswirkungen im Bildungsbereich

Vergabe von Arbeitsmarktdienstleistungen – Aktuelle Rechtsprechung und Rechtsschutz im Vergabeverfahren

Zeiterfassung an Bildungseinrichtungen – Stand der Dinge und Umgang mit dem Schwebezustand

Künstliche Intelligenz in der Berufsberatung und in Bewerbungsprozessen

EU-Fördermittel für Bildungseinrichtungen

Mit KI kreativ texten: ChatGPT für Social Media und Öffentlichkeitsarbeit

Fachgruppen

Allgemeinbildende Schulen

Vorsitz: Gerhard Helgert
(Jenaplan-Schulverein Nürnberg)

Berufsbildende Schulen

Vorsitz: Katrin Hochheiser
(MBA – Medizinische Berufs-Akademie GmbH), Sandra Marschall
(Oskar Kämmer Schule)

Naturwissenschaftlich-technische Schulen

Vorsitz: Dominik Blosat
(Institut Dr. Flad)

Schulen im Gesundheitswesen

Vorsitz: Petra Witt
(Präha Bildungszentrum gGmbH)

Sprachenschulen

Vorsitz: Fabian Kemmer (Kolping-Bildungswerk Württemberg e.V.)

Wirtschaftsschulen und Arbeitsmarktdienstleistung

Vorsitz: Holger Wohlfeil
(Oskar Kämmer Schule gGmbH)

Ansprechpartner:innen *Vorstand*



Dagmar Mager
Präsidentin
Institut für Bildung und
Beratung Dresden



Dr. Florian Huber
Vizepräsident
Private Isar-Schulen / private
Huber-Schulen München



Steffen Kilian
Vizepräsident
Oskar Kämmer Schule
gGmbH



Dr. Sebastian Messer
Vizepräsident
Kolping-Bildungswerk
Württemberg



Arndt Paykowski
Vorstandsmitglied
WIPA Wirtschaftsschule
K. Paykowski GmbH



Assol Urrutia-Grothe
Vorstandsmitglied
Freie Schule Pankower
Früchtchen gGmbH



Bernd Dietrich
Vorstandsmitglied (kooptiert)
Vorsitzender Verband
Bayerischer Privatschulen e.V.

Mitarbeitende des Verbandes



Ellen Jacob
Bundesgeschäftsführerin
jacob@privatschulen.de



Jenny Knoop
Politische Referentin
knoop@privatschulen.de



Kathrin von Holst
Politische Referentin
vonholst@privatschulen.de



Susanne Haselbach
Büromanagement
haselbach@privatschulen.de



Willy Gosch
Studentischer Referent
gosch@privatschulen.de

